GEMEINDE LANGERWEHE
BEBAUUNGSPLAN „LANGERWEHE IM INDELAND“
Übersicht eingegangener Anregungen
gem. § 4 (1) BauGB (FRÜHZEITIGE BETEILIGUNG)

Träger öffentlicher Belange:

- Nr. B2 Bezirksregierung Arnsberg, 01.04.2021
- Nr. B3 Bezirksregierung Düsseldorf, Dezernat Düsseldorf über Gemeinde Langerwehe, 16.04.2021
- Nr. B6 Bezirksregierung Köln, Dezernat 33, 16.04.2021
- Nr. B7 Bezirksregierung Köln, Dezernat 53, 12.04.2021
- Nr. B8 Bezirksregierung Köln, Dezernat 54, 16.04.2021
- Nr. B10 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, 10.03.2021
- Nr. B15 Deutsche Telekom Technik GmbH, Richtfunk-Trassenauskunft deutschlandweit, 11.03.2021
- Nr. B18 Deutsche Flugsicherung, 10.03.2021
- Nr. B19 Die Autobahn GmbH des Bundes: Niederlassung Rheinland, 16.04.2021
- Nr. B21 Erftverband, 13.04.2021
- Nr. B22 Ericsson Services GmbH, Richtfunk Trassenauskunft, 16.04.2021
- Nr. B31 Geologischer Dienst NRW, 15.04.2021
- Nr. B33 IHK Aachen, 16.04.2021
- Nr. B36 Kreis Düren, 61-Poststelle, 13.04.2021
- Nr. B38 Landesbetrieb Straßenbau NRW, HS Euskirchen Regionalniederlassung Vile-Eifel, 31.03.2021
- Nr. B41 Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V.; 13.04.2021
- Nr. B43 Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, 16.04.2021
- Nr. B44a LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, 26.04.2021
- Nr. B44b LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, 07.09.2022
- Nr. B46 LVR: Amt für Liegenschaften, 13.04.2021
- Nr. B54 Stadtverwaltung Stolberg III/61.1 - Abteilung für Stadtentwicklung und Umwelt, 16.04.2021
- Nr. B55 StädteRegion Aachen, Schreiben vom 26.04.2021
- Nr. B56 Vodafone NRW GmbH, 15.04.2021
- Nr. B57 Wasserleitungszweckverband Langerwehe, 30.04.2021
- Nr. B58a Westnetz GmbH, Regionalzentrum Westliches Rheinland, 30.04.2021
- Nr. B58b Westnetz GmbH, Spezialservice Strom, 15.03.2021
- Nr. B59 Wasserverbund Eifel-Rur, 12.04.2021

NR.	Stellungnahme von / Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag	Abstimmungsergebnis
B2	Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW vom 01.04.2021			
B 2.1	<p>Das Plangebiet liegt über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Zukunft Erweiterung“ im Eigentum der RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power AG, Abt. Liegenschaften und Umsiedlung in 50416 Köln und über dem auf Steinkohle, Galmei, Bleierz und Eisenstein verliehenen Bergwerksfeld „Gute Hoffnung“ im Eigentum der EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven.</p> <p>Ferner liegt das Plangebiet über dem Feld der Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken „Weisweiler“ und über dem Feld der Erlaubnis zu wissenschaftlichen Zwecken „Aachen-Weisweiler“. Inhaberin der Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken ist die RWE Power Aktiengesellschaft, Stüttgen-weg 2 in 50935 Köln. Inhaberin der Erlaubnis zu wissenschaftlichen Zwecken ist die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. in München.</p> <p>Die Erlaubnisse gewähren das befristete Recht zur Aufsuchung des Bodenschatzes „Erdwärme“ innerhalb der festgelegten Feldesgrenzen. Unter dem „Aufsuchen“ versteht man Tätigkeiten zur Feststellung (Untersuchung) des Vorhandenseins und der Ausdehnung eines Bodenschatzes. Eine Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken dient lediglich dem Konkurrenzschutz und klärt in Form einer Lizenz nur grundsätzlich, welcher Unternehmer in diesem Gebiet Anträge auf Durchführung konkreter Aufsuchungsmaßnahmen stellen darf. Eine Erlaubnis zu wissenschaftlichen Zwecken kann auch neben einer auf denselben Bodenschatz erteilten Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken bestehen. Eine erteilte Erlaubnis gestattet noch keinerlei konkrete Maßnahmen, wie z. B. Untersuchungsbohrungen, sodass Umweltauswirkungen in diesem Stadium allein aufgrund einer Erlaubnis nicht hervorgerufen werden können. Konkrete Aufsuchungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den</p>	Die Informationen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen und in der Planbegründung ergänzt.	Der Ausschuss beschließt, diese Informationen zur Kenntnis zu nehmen.	einstimmig

	Betriebsplanzulassungsverfahren, erlaubt, die ganz konkret das „Ob“ und „Wie“ regeln. Vor einer Genehmigungsentscheidung erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Beteiligung von ggf. betroffenen Privaten, Kommunen und Behörden. Des Weiteren werden ausführlich und gründlich alle öffentlichen Belange - insbesondere auch die des Gewässerschutzes - geprüft, gegebenenfalls in einem separaten wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren.			
B 2.2	Der Planungsbereich ist von durch Sumpfungmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Folgendes sollte berücksichtigt werden: Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sumpfungmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten. Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden.	Der Anregung wird wie folgt Rechnung getragen. Die Information zur bergbaubedingten Grundwasserbeeinflussung wird in den Planunterlagen ergänzt.	Der Ausschuss beschließt, der Anregung der Bezirksregierung Arnsberg hinsichtlich Grundwasserabsenkung Rechnung zu tragen und die Unterlagen entsprechend zu ergänzen.	einstimmig
B3	Bezirksregierung Düsseldorf, Dezernat Düsseldorf über Gemeinde Langerwehe, 16.04.2021			
	Laut Abschlussbericht der Bezirksregierung Düsseldorf Kampfmittelräumdienst vom 11.04.2019, wurde das o.g. Gebiet auf einer Fläche von 87930 m ² auf die Existenz von Kampfmitteln überprüft. Der Abschlussbericht sowie eine Räumkarte befinden sich anbei (vgl. <i>Originalstellungnahme</i>).	Es wird ein Hinweis Kampfmittel im Bebauungsplan aufgenommen, dass eine Testsondierung auf den überwiegenden Flächen erfolgt ist, dass auf geringen Teilflächen eine Detektion aber nicht möglich war. Kampfmittel könnten noch vorhanden sein. Wenn Funde gefunden werden, sind Polizei und Ordnungsbehörde zu verständigen und die Arbeiten einzustellen.	Der Ausschuss beschließt, die Hinweise zur Kenntnis zu nehmen und die Planunterlagen entsprechend zu ergänzen.	einstimmig
B7	Bezirksregierung Köln, Dezernat 53, 12.04.2021			

<p>B 7.1</p>	<p>Bezüglich der allgemeinen immissionsschutzrechtlichen Be- lange geht die BR Köln davon aus, dass diese von der Unteren Immissionsschutzbehörde des Kreises Düren vertreten werden und dass von Ihnen eine entsprechende Beteiligung erfolgt ist.</p>	<p>Die Untere Immissionsschutzbehörde des Kreises wurde be- teiligt (vgl. <i>Stellungnahme Nr. B36, Kreis Düren</i>). Es werden keine Bedenken geäußert.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, die Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen.</p>	<p>einstimmig</p>
<p>B 7.2</p>	<p>Nach Nr. 7.1 Abs. 2 der Planbegründung wird derzeit unter- sucht, ob neben Festsetzungen gemäß Abstandserlass 2007 noch weitere Festsetzungen zum Schutz der umliegenden Nut- zungen vor Gewerbelärm notwendig sind. Sofern in diesem Zu- sammenhang eine "Lärmkontingentierung" vorgesehen sein sollte, verweist die BR Köln auf die Rechtsprechung dazu (siehe u. a. Urteil des BVerwG vom 07.12.2017, Az. 4 CN 7/16).</p>	<p>Von einer Lärmemissionskontingentierung (LEK) wird aufgrund des zitierten Urteils abgesehen. Der vorsorgliche Immissions- schutz im vorliegenden Bebauungsplanverfahren wird durch Anwendung des Abstandserlasses NRW 2007 geregelt.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, die Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen und eine Lärmkonti- gentierung nicht anzuwenden.</p>	<p>einstimmig</p>
<p>B 7.3</p>	<p>Es finden sich keine Angaben in den Planunterlagen zum As- pekt § 50 BImSchG i.V. mit Betriebsbereichen nach § 3 Abs. 5a BImSchG. Unter Berücksichtigung, dass es sich um ein neues Gewerbe- bzw. Industriegebiet handelt, sollte sich nach Auffassung der BR Köln bereits im Bauleitplanverfahren damit auseinanderges- etzt werden, ob und in welchem Umfang zukünftig die Ansied- lung von Betriebsbereichen nach § 3 Abs. 5a BImSchG in die- sem Plangebiet ermöglicht werden soll. Betriebsbereiche außerhalb von "Chemiestandorten" entspre- chen oftmals den Abstandsklassen I und II des Leitfadens KAS-18 mit zu berücksichtigenden Achtungsabständen ohne Detailkenntnisse von 200 bzw. 500 m. Unter Berücksichtigung von Detailkenntnissen ermittelte angemessene Sicherheitsab- stände für solche Betriebsbereiche ergeben teilweise noch ge- ringere Abstände. Außerdem gibt es auch Betriebsbereiche, für die sich aufgrund der gehandhabten Stoffe keine außerhalb des Betriebsbereiches zu berücksichtigen Achtungsabstände ergeben. Die Ansiedlung von Betriebsbereichen kann somit unter Be- rücksichtigung der Ausdehnung des Plangebietes bzw. dessen Abstände zu möglicherweise schutzbedürftigen Nutzungen o- der evtl. wichtigen Verkehrswegen nicht von vornherein ausge- schlossen werden, was wiederum für eine Berücksichtigung dieses Aspektes im weiteren Bauleitplanverfahren spricht. Im Hinblick auf den Ausschluss von Betriebsbereichen im Plan- gebiet oder eine entsprechende Gliederung des Plangebietes nach störfallrechtlichen Gesichtspunkten wird auf das von der</p>	<p>Der Anregung wurde Rechnung getragen und die Thematik „Störfallrecht“ wurde wie folgt in die Planung eingestellt: Für die genannten Betriebsbereiche sind im Bebauungsplan E 11 der Achtungsabstand zur L 12 (Hauptverkehrsstraße) mit über 11.000 Kfz / 24h DTV sowie der Achtungsabstand zur Wohn-/ Mischbebauung Obergeich ausschlaggebend. Im Be- bauungsplan werden daher im südöstlichen Geltungsbereich aufgrund dieser beiden Achtungsabstände Anlagen, die einen Betriebsbereich i. S. v. § 3 Abs. 5a BImSchG bilden oder Teil eines solchen Betriebsbereiches wären und zur Abstands- klasse I des KAS-Leitfadens gehören (Stoffe, die 200 m einhal- ten oder überschreiten) zugelassen. Alle anderen Anlagen, die den Abstandsklassen II bis IV zuzuordnen sind, sind ausge- schlossen. In der Begründung wird die Thematik unter Kap. 5.1 behandelt und im Plan bzw. textliche Festsetzungen als GE 4.1 festge- setzt.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, der Anregung Rech- nung zu tragen und die Stör- fallthematik im Bebauungsplan zu behandeln.</p>	<p>einstimmig</p>

	Kommission für Anlagensicherheit beim Bundesumweltministerium (KAS) in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten "Erarbeitung und Formulierung von Festsetzungsvorschlägen für die Umsetzung der Abstandsempfehlungen für Anlagen, die einen Betriebsbereich i.S.v. § 3 Abs. 5a BImSchG bilden, nach den Vorgaben des BauGB und der BauNVO" der Anwaltskanzlei Redeker/Sellner/Dahs, verwiesen.			
B8	Bezirksregierung Köln, Dezernat 54, 16.04.2021			
B 8.1	<p>Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) Grundwasser: Im Rahmen des Möglichen und zur Sicherung der Grundwasserneubildung wird angeregt, die Flächen möglichst minimal zu versiegeln, um eine lokale Versickerung von Niederschlagswasser weiter zu ermöglichen. Eine Nachverdichtung von Flächen sowie die Versiegelung von Freiflächen sind in Bezug auf die Grundwasserneubildung negativ zu bewerten (Verschlechterungsverbot § 47 WHG), da jede Versiegelung dazu führt, dass der Grundwasserleiter in seiner Bilanz gemindert wird.</p>	<p>Ziel des vorliegenden Bebauungsplan ist die Ausweisung eines Gewerbe- und Industriegebietes zur Deckung des dringenden Bedarfs an Gewerbe-/ Industriegrundstücken in der Strukturwandelregion. Das Plangebiet ist daher neben den für die Erschließung erforderlichen Flächen als Baugebiet festgesetzt mit der entsprechenden Grundflächenzahl gem. den Orientierungswerten nach BauNVO (0,8 für Gewerbegebiete). Lediglich am südlichen und westlichen Plangebietsrand werden darüber hinaus Grünflächen festgesetzt, so dass ergänzend zu den Restgrundstücksflächen eine Grundwasserneubildung möglich ist. Der Anregung, die Flächen möglichst minimal zu versiegeln, wird daher nicht Rechnung getragen.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, aufgrund der Planungsziele der Anregung nicht zu folgen.</p>	<p>einstimmig</p>
B 8.2	<p>Das geplante Vorhaben liegt in den Grundwasserkörpern (GWK) 282_07 - Hauptterrassen des Rheinlandes und 282_08 - Hauptterrassen des Rheinlandes. Diese beiden GWK wurde im 2. Bewirtschaftungsplan (BWP) und im 3. BWP im mengenmäßigen Zustand mit "schlecht" bewertet. Im 2. BWP und im 3. BWP im chemischen Zustand wurde der GWK 282_07 mit "schlecht" Bewertet und der GWK 282_07 wurde mit "gut" bewertet.</p> <p>Gegen die Änderung des Bebauungsplans E 11 "Gewerbegebiet im Indeland" in der Gemeinde Langerwehe bestehen keine Bedenken. Ansonsten erkenne das Dez. 54 keine Betroffenheit in den Zuständigkeiten der Bezirksregierung Köln (Obere Wasserbehörde).</p>	<p>Die Informationen zu den Grundwasserkörpern werden zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, die Stellungnahme zum Thema Grundwasserkörper zur Kenntnis zu nehmen.</p>	<p>einstimmig</p>

B 10	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, 10.03.2021			
	<p>Durch die Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.</p> <p>Die von Ihnen beabsichtigte(n) Maßnahme(n) befindet / befinden sich im Bereich des Militärflugplatzes Nörvenich. Die Belange der Bundeswehr sind somit ggf. mehrfach berührt. Ich weise darauf hin, dass sich Ihr Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet. Hier ist mit Lärm- /und Abgasimmissionen zu rechnen.</p> <p>Ferner weise ich darauf hin, dass spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr nicht anerkannt werden können.</p> <p>Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass bauliche Anlagen - einschließlich untergeordneter Gebäudeteile - eine Höhe von 30 m nicht überschreiten. Sollte entgegen meiner Einschätzung diese Höhe überschritten werden, bitte ich in jedem Einzelfalle mir die Planungsunterlagen - vor Erteilung einer Baugenehmigung zur Prüfung zuzuleiten.</p>	<p>Der Hinweis, dass sich das Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet, wird als Information in den Planunterlagen ergänzt.</p> <p>Der Hinweis zu den nicht anerkannten Ersatzansprüchen gegen die Bundeswehr wird zu Kenntnis genommen.</p> <p>Im Bebauungsplan E 11 ist eine max. Gebäudehöhe von 14 m über künftiger Erschließung zulässig. Ausnahmsweise kann – nach Abhängigkeit des Betriebs für untergeordnete Bauteile eine Höhe von 18 m über der geplanten Erschließung zugelassen werden, ebenso können techn. Anlagen falls erforderlich diese Höhe überschreiten. Daher wird vorsorglich ein Hinweis in der Planfassung aufgeführt.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, die Informationen in der Planfassung zu ergänzen.</p>	<p>einstimmig</p>
B 15	Deutsche Telekom Technik GmbH, Richtfunk-Trassenauskunft deutschlandweit, 11.03.2021			
	<p>Durch das Planungsgebiet verläuft keine von unseren Richtfunkstrecken. Die benachbarte Richtfunktrasse hat genügend Abstand zum Planungssektor.</p> <p>Daher haben wir bezüglich unseres Richtfunks keine Einwände oder spezielle Planungsvorgaben.</p> <p>Die Telekom hat auch bei der Fa. Ericsson Services GmbH weitere Verbindungen angemietet. Die Daten dieser Strecken stehen uns leider nicht zur Verfügung.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass diese Stellungnahme nur für Richtfunkverbindungen des Telekom - Netzes gilt. Bitte beziehen</p>	<p>Keine Bedenken</p> <p>Die Firma Ericsson Services GmbH wurde beteiligt. (vgl. Stellungnahme Nr. B22).</p>	<p>Kein Beschluss erforderlich</p>	

	Sie, falls nicht schon geschehen, die Firma Ericsson Services GmbH , in Ihre Anfrage ein.			
B 19	Die Autobahn GmbH des Bundes: Niederlassung Rheinland, 16.04.2021			
	<p>Nördlich des Plangebietes verläuft in einer Entfernung von ca. 1580 m die Autobahn A 4, Abschnitt 6.1/Anschlussstelle Langerwehe.</p> <p>Der Landesbetrieb Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Ville-Eifel ist als zuständiger Straßenbaulastträger für die an das Plangebiet grenzende L 12 und B 264 ebenfalls am Verfahren beteiligt.</p> <p>"Die Gemeinde Langerwehe beabsichtigt gemeinsam mit der RWE Power AG die Entwicklung eines Gewerbegebietes im Bereich des östlichen Zentralortes Langerwehe am Autobahnzubringer L 12 zur BAB 4. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes E11 ist die erste Stufe eines größeren Gewerbe- und Industriebereiches zur Erweiterung Richtung Norden entlang der L 12. Langfristiges Ziel ist die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbe- und Industriegebietes "im indeland"."</p> <p>Durch die Ingenieurgruppe IVV GmbH & Co. KG, Aachen wird derzeit ein Verkehrsgutachten erarbeitet. Die verkehrlichen Auswirkungen auf die A 4/ Anschlussstelle Langerwehe sind in die Untersuchung einzubeziehen. Durch die künftig geplanten Entwicklungen dürfen keine Verschlechterungen der Leistungsfähigkeiten und der Qualitätsstufen des Verkehrsablaufs im umliegenden klassifizierten Straßennetz ausgelöst werden. Sofern die Auswirkungen einen Ausbau erforderlich machen, ist dieser von der Gemeinde Langerwehe umzusetzen und zu finanzieren.</p> <p>Die Hauptanbindung des Gebietes erfolgt über eine Erschließung an die L 12. Die verkehrlichen Auswirkungen und ggf. hieraus resultierende Folgemaßnahmen zur leistungsfähigen und sicheren Anbindung an das übergeordnete Straßennetz sind federführend mit der Regionalniederlassung Ville-Eifel zu erörtern und abzustimmen.</p>	<p>Der Anregung ist Rechnung getragen. Das Verkehrsgutachten ist mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Ville-Eifel vorabgestimmt und der Offenlagefassung beigelegt. Die Ergebnisse sind u. a. maßgeblich für die im Planentwurf enthaltene Knotengeometrie und Abbiegelängen. Die Leistungsfähigkeiten sind gewährleistet.</p> <p>Die Anregungen sind somit berücksichtigt.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, der Anregung Rechnung zu tragen.</p>	<p>einstimmig</p>

	Sofern externe Flächen zur Deckung des Kompensationsbedarfes erforderlich werden, sind diese ebenfalls zur Stellungnahme vorzulegen, um Planungskollisionen zu vermeiden.	Der erforderliche externe Ausgleich wird in der Offenlagfassung enthalten sein. Auch dieser Anregung ist somit Rechnung getragen.	Der Ausschuss beschließt, der Anregung Rechnung zu tragen.	einstimmig
B 21	Erftverband, 13.04.2021			
	Leitungen, Messstellen und Anlagen des Erftverbandes sind derzeit durch die Maßnahme nicht betroffen. Daher bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht seitens des Erftverbandes keine Bedenken.	Keine Bedenken	Kein Beschluss erforderlich	
B 22	Ericsson Services GmbH, Richtfunk Trassenauskunft, 16.04.2021			
	Bei den von Ihnen ausgewiesenen Bedarfsflächen hat die Firma Ericsson bezüglich ihres Richtfunks keine Einwände oder spezielle Planungsvorgaben. Bitte berücksichtigen Sie, dass diese Stellungnahme nur für Richtfunkverbindungen des Ericsson - Netzes gilt. Bitte beziehen Sie, falls nicht schon geschehen, die Deutsche Telekom, in Ihre Anfrage ein.	Keine Bedenken Die Deutsche Telekom wurde beteiligt (vgl. Stellungnahme Nr. B15, Telekom).	Kein Beschluss erforderlich	
B 31	Geologischer Dienst NRW, 15.04.2021			
B 31.1	<u>Erdbebengefährdung:</u> In Ergänzung zu den Ausführungen zum Thema „Erdbebenzone“ in Abschnitt 7.5.5 „Baugrund“ der Begründung zum Bebauungsplan werden zum Thema „Erdbebengefährdung“ hier folgende zusätzliche Hinweise gegeben: Anwendungsteile, die nicht durch DIN 4149 abgedeckt werden, sind als Stand der Technik zu berücksichtigen. Dies betrifft hier insbesondere DIN EN 1998, Teil 4 „Silos, Tankbauwerke und Rohrleitungen“, Teil 5 „Gründungen, Stützbauwerke und geotechnische Aspekte“ und Teil 6 „Türme, Masten und Schornsteine“. Auf die Berücksichtigung der Bedeutungskategorien für Bauwerke gemäß DIN 4149:2005 bzw. Bedeutungsklassen der relevanten Teile von DIN EN 1998 und der jeweils entsprechenden Bedeutungsbeiwerte wird ausdrücklich hingewiesen.	Der Anregung wird Rechnung getragen und ergänzend Hinweise zur Erdbebengefährdung in die Planfassung übernommen.	Der Ausschuss beschließt, der Anregung Rechnung zu tragen.	einstimmig

	<p>Dies gilt insbesondere z. B. für Verwaltungsgebäude etc.. Zur Planung und Bemessung spezieller Bauwerkstypen müssen die Hinweise zur Berücksichtigung der Erdbebengefährdung der jeweils gültigen Regelwerke beachtet werden. Hier wird oft auf die Einstufung nach DIN 4149:2005 zurückgegriffen.</p>			
<p>B 31.2</p>	<p>Baugrund Den Unterlagen des Geologischen Dienstes zu Folge steht im Plangebiet Kies und Sand (untergeordnet Schluff und Ton) der Älteren Mittelterrasse an.</p> <p>Der Birgeler-Sprung verläuft etwa NW-SE streichend durch das Areal. Der exakte Verlauf der Störung ist nicht bekannt. Deshalb wird vom GD NRW eine <u>Störungszone</u> ausgewiesen, die eine Breite von jeweils 100 m rechts und links der jeweiligen Störungslinie aufweist.</p> <p>Die Planfläche befindet sich im durch Sumpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus beeinflussten Bereich. Dadurch kann es zu Bodenbewegungen kommen. In Bereichen mit inhomogenem Untergrund möglicherweise auch zu ungleichmäßigen Bewegungen.</p> <p>Zur Klärung des genauen Störungsverlaufes und der möglichen Auswirkungen der Sumpfungsbeeinflüsse auf die</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen (vgl. auch Fachgutachten Boden- / Baugrunduntersuchung, Tillmanns, Sept. 2017).</p> <p>Angeregt durch den Geologischen Dienst wurde RWE Power AG zum Thema Störzone beteiligt. In einer Information vom 16.06.2021 wurde mitgeteilt, dass nach den zur Verfügung stehenden geologischen Karten das Plangebiet des Bebauungsplanes E 11 im Bereich einer tektonischen Störung liegt. Hierbei ist zu beachten, dass die Darstellungsgenauigkeit der tektonischen Störungen in den geologischen Karten aufgrund der Konstruktionsgrundlagen maßstabsabhängig im Bereich von etwa ± 100 bis 200 Metern liegen kann.</p> <p>Schädliche Auswirkungen auf Bauwerke sind jedoch nur durch sogenannte bewegungsaktive tektonische Störungen zu erwarten. Aufgrund der Auswertungsergebnisse von in der Vergangenheit im Umfeld von Jüngersdorf durchgeführten Präzisionshöhenmessungen ist in diesem Bereich laut Aussage der RWE Power AG keine derartige Bewegungsaktivität zu verzeichnen und somit eine Bergschadensgefährdung durch den Braunkohlenbergbau nicht erkennbar. Eine Berücksichtigung der vom Geologischen Dienst angegebenen Störung im Plangebiet ist somit nicht notwendig. Die Anregungen zur tektonischen Störzone werden daher nicht berücksichtigt.</p> <p>Die Anregungen zu den Sumpfungsmaßnahmen werden durch entsprechende Informationen in der Planfassung berücksichtigt.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, die Informationen zur Kenntnis zu nehmen, die Anregungen zum Birgeler Sprung zurückzuweisen und die Anregungen zu den Sumpfungsmaßnahmen zu berücksichtigen.</p>	<p>einstimmig</p>

	Tagesoberfläche empfehle ich, sofern nicht bereits geschehen, eine Anfrage bei der RWE Power AG zu stellen.			
	<p><u>Schutzgut Boden</u> Im weiteren Verfahren wird eine Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung durchgeführt. Da der Eingriff innerhalb der vorgesehenen Gewerbegebietsfläche nicht vollständig ausgleichbar ist, werden externe Ausgleichsmaßnahmen erforderlich, die im weiteren Verfahren konkretisiert und entsprechend festgesetzt werden müssen. Dabei ist neben dem Schutzgut Boden auch die Versiegelung des Schutzgutes Fläche im Sinne des Verlustes für den Naturhaushalt Rechnung zu tragen:</p> <p>Als Ausgleich sollte angestrebt werden eine entsprechende Fläche an anderer Stelle mit klimarelevanten Bodenfunktionen und möglichst einem hohen Wasserrückhaltevermögen im 2 m – Raum weiterzuentwickeln. Es sind folgende Kriterien bezüglich der Betroffenheit der Schutzgüter Boden und Fläche zu prüfen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grad von Naturnähe • Biotopentwicklungspotenzial für Extremstandorte • Wasserspeichervermögen im 2-Meter-Raum • klimarelevante Bodenfunktionen • hohe und sehr hohe Bodenfunktionserfüllungen (= zwingende Schutzwürdigkeit) • Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte • Bodenhaupttyp 	<p>Der Anregung wird Rechnung getragen und die konkrete Beschreibung der externen Ausgleichsmaßnahmen in der Offenlagefassung ergänzt. Dabei kann der Forderung des Geologischen Dienstes einen Ausgleich anzustreben, der die klimarelevanten Bodenfunktionen erfüllt und Wasserrückhaltevermögen schafft, nicht explizit Rechnung getragen werden. Die Findungsphase einer Kompensationsfläche im Verfahren gestaltete sich schwierig, da diese als multifunktionale Fläche auch den Ansprüchen des Artenschutzes gerecht werden sollte. Zudem besitzt die Gemeinde keine eigenen Flächenpotentiale, so dass sie auf anerkannte Ökokonten zurückgreifen muss. In Abwägung auch der mit der Ausgleichsmaßnahmen verbundenen Kosten hat sich die Gemeinde daher dazu entschieden, den Anforderungskatalog des Geologischen Dienstes nicht in allen Punkten Rechnung zu tragen. Dennoch werden die bis zur Offenlage feststehenden Maßnahmen dazu geeignet sein, eine oder mehrere Punkte abzudecken.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, der Anregung hinsichtlich Ausgestaltung der externen Ausgleichsfläche in Bezug auf die Schutzgüter Boden und Fläche nicht Rechnung zu tragen.</p>	<p>einstimmig</p>
B 36	Kreis Düren, 61-Poststelle, 13.04.2021			
	<p>Zur o.g. Bauleitplanung wurden folgende Ämter der Kreisverwaltung Düren beteiligt:</p> <p>Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung Gebäudemanagement Straßenverkehrsamt Bauordnung, Tiefbau und Wohnungsbauförderung Brandschutz Umweltamt</p>			

<p>B 36.1</p>	<p><u>Kreisentwicklung</u> Die Kreisentwicklung als Untere Planaufsicht begleitet die Siedlungs- sowie Gewerbe- und Industriegebietsentwicklung in den kreisangehörigen Kommunen. Vorbereitend und im Auftrag aller Kommunen hat der Kreis Düren im Zuge des Regionalplanänderungsverfahrens ein kreisweites Gewerbeflächenkonzept erarbeitet. Hierüber hinaus ist jedwede Anpassung/Erweiterung von Gewerbegebieten für den Strukturwandel von großer Bedeutung. Der Kreis Düren unterstützt das Vorhaben ausdrücklich auch vor dem Hintergrund der Wachstumsoffensive des Kreises Düren. Hat die Zielsetzung, bis zum Jahr 2025 zusätzlich 30.000 Einwohner im Kreis Düren zu generieren, einen eigenen siedlungsgeprägten Wert, so bedarf es parallel einer städtebaulichen Entwicklung neuer Arbeitsplatzangebote, um für die bestehende und neue Bürgerschaft adäquate Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen. Dies vorausgeschickt entspricht die vorliegende Planung der Gemeinde Langerwehe diesen Zielsetzungen. Sie ist zudem geeignet, den seitens der Bezirksregierung Köln initiierten Prozess Region + Wirtschaft zu unterstützen.</p>	<p>Die Informationen zur aktuellen Nachfrage und Wachstumsoffensive werden zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, die Stellungnahme des Kreises Düren zur Kenntnis zu nehmen.</p>	<p>einstimmig</p>
<p>B 36.2</p>	<p><u>Straßenverkehrsamt</u> Grundsätzlich bestehen keine Bedenken gegen die Planung. Es wird jedoch auf Folgendes hingewiesen: Laut Beschreibung soll die Wendeanlage Bild 60, S. 73, RAST 06 entsprechend. Die vorgesehene Fläche im B-Plan sieht dagegen etwas anders aus. Dies sollte nochmal geprüft werden. Das Gewerbegebiet hat nur eine Zufahrt. Daher wird empfohlen, den vorhandenen Wirtschaftsweg so anzupassen (insbesondere die Radien), damit dieser als Notzufahrt zum Gebiet dienen könnte. Im weiteren Verfahren ist sowohl die Ausbauplanung der Straße als auch der künftige Knotenpunkt an die L 12 mit dem Straßenverkehrsamt abzustimmen.</p>	<p>Die Anregungen werden wie folgt berücksichtigt: Die Wendeanlage in der Planzeichnung ist nach Bild 60, S. 73 RAST.06 konstruiert und ausreichend bemessen (Flächenbedarf für eine Wendeschleife für Lastzüge). Die Notzufahrt führt ab Wendeanlage nach Norden auf den vorhandenen Wirtschaftsweg und mündet auf die B 264. Daher ist die Planung entsprechend des Vorschlags des Straßenverkehrsamtes geändert worden. Die Erschließungsplanung (hier insbesondere die Anbindung an die L 12) ist zwischenzeitlich mit Straßen.NRW abgestimmt und wird von dieser Seite akzeptiert. Eine weitere Beteiligung des Straßenverkehrsamt wird im Rahmen der Offenlage erfolgen.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, der Anregung des Kreises Düren zur Ausgestaltung der Wendeanlage und Notzufahrt sowie zur Beteiligung im weiteren Verfahren Rechnung zu tragen.</p>	<p>einstimmig</p>

<p>B 36.3</p>	<p>Brandschutz Die Straßenbezeichnung ist eindeutig erkennbar an der öffentlichen Verkehrsfläche anzubringen.</p> <p>Die Straßen sind als Zufahrt für die Feuerwehr auszubauen. Bezüglich der zulässigen Abmessungen (Kurvenradien / Breite / Neigung / Durchfahrthöhe etc.) wird auf den § 5 BauO NRW mit zugehörigen Muster-Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr -Fassung Februar 2007 - (zuletzt geändert durch Beschluss der Fachkommission Bauaufsicht vom Oktober 2009) verwiesen. Hier sind öffentliche Parkplätze, Begrünung (Bäume) und sonstige Maßnahmen (Verkehrsberuhigung / Kreisverkehr etc.) besonders zu beachten. Die Tragfähigkeit der Straßen muss für Feuerwehrfahrzeuge mit einem Gesamtgewicht von 18t ausgelegt sein. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass ab 50 m Entfernung der Gebäude / Gebäude-teile von der öffentlichen Verkehrsfläche Zufahrten und Bewegungsflächen für Fahrzeuge der Feuerwehr nach Maßgabe der o.g. Richtlinien erforderlich sind.</p> <p>Es ist eine Löschwasserversorgung von 3.200 l/min (192 m³/h) über einen Zeitraum von zwei Stunden sicher zu stellen. Die vorgenannte Menge muss aus Hydranten im Umkreis von 300 m um das jeweils betrachtete Objekt zur Verfügung stehen. Von jedem Objekt muss ein Hydrant in maximal 75 m Entfernung erreichbar sein. Eine alternative Löschwasserversorgung ist abzustimmen.</p>	<p>Die Teilstellungnahme ist nicht bebauungsplanrelevant und bleibt der Umsetzung des Bebauungsplanes – Bezeichnung und Widmung von Straßennamen – vorbehalten.</p> <p>Die Anregungen beziehen sich überwiegend auf die nachfolgende Ausführungsplanung und sind damit nicht bebauungsplanrelevant.</p> <p>Der Stellungnahme wird insofern Rechnung getragen, als dass die Verkehrsflächen die übliche Ausbaubreite von Straßen ermöglichen und entsprechend die Durchfahrt von Feuerwehrfahrzeugen gewährleistet.</p> <p>Der Anregung wird Rechnung getragen und die Vorgaben in der Begründungen als Information für die nachfolgenden Ausführungsplanungen aufgeführt. Gem. Auskunft des Wasserleitungs-zweckverbandes Langerwehe kann der Grundschutz von 192 m³ / h für einen Zweistundenzeitraum zur Verfügung gestellt werden (vgl. Stellungn. Nr. B57).</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, die Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen.</p>	<p>einstimmig</p>
<p>B 36.4</p>	<p>Wasserwirtschaft Aus wasserwirtschaftlicher Sicht sind folgende Belange zu beachten: 1. Hochwasserschutz: Südlich des Plangebietes liegt das Hochwasserrückhaltebecken Jüngersdorf. Dieses ist nicht für ein 100-jährliches Ereignis ausgelegt. Daher ist mit dem Wasserverband Eifel-Rur zu klären, ob bei einem Überlauf des Hochwasserrückhaltebeckens das Plangebiet von Überflutungen betroffen sein kann.</p>	<p>zu 1. Hochwasserschutz: Die Pflicht zur ordnungsgemäßen Betrieb des Hochwasserrückhaltebeckens obliegt dem WVER. Nach Rückfrage der Gemeinde Langerwehe beim Wasserverband zu verschiedenen Hochwassersituationen erklärt der Wasserverband in der Stellungnahme vom 29.08.2022, dass „(d)as HRB Jüngersdorf bei Geich (...) nicht zur Erweiterung vorgesehen (ist), da dort im Unterlauf des Geicher Baches kein Schadenspotential vorliegt,</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, der Anregung des Kreises Düren zum Hochwasserschutz zur Kenntnis zu nehmen. Die Gemeinde hat bereits die Abstimmung mit dem WVER diesbezüglich gesucht.</p>	<p>einstimmig</p>

		<p>welches ursächlich auf den Abfluss im Bach selbst zurück zu führen ist.“</p> <p>Gem. Hochwassergefahrenkarten der Bezirksregierung Köln kann das Plangebiet weder bei einem Hochwasserereignis niedriger Wahrscheinlichkeit (HQ_{extrem}) noch einem Ereignis mittlerer Wahrscheinlichkeit (HQ₁₀₀) überflutet werden.</p>		
B 36.5	<p>2. Niederschlagswasserbeseitigung:</p> <p>Unter Punkt 7.9 wird ausgeführt, dass die anfallenden Oberflächenwässer über eine Rückhaltung in den Geicher Bach eingeleitet werden sollen. Das Plangebiet liegt im Einzugsgebiet des Derichsweiler Baches. Es darf nicht zu einer Verschärfung der Abflusssituation für die Unterlieger kommen. Daher ist eine Rückhaltung für ein 100-jährliches Ereignis vorzusehen. Weiterhin handelt es sich um ein Gewerbe- und Industriegebiet. In Abhängigkeit ihrer Herkunft und der Belastung der anfallenden Oberflächenwässer wird vor der Einleitung eine entsprechende Vorbehandlung notwendig.</p> <p>Die grundsätzliche Machbarkeit des Entwässerungskonzeptes ist bis zur Offenlage nachzuweisen.</p>	<p>Zu 2. Niederschlagswasserbeseitigung:</p> <p>Der Anregung wurde mit Erarbeitung des Entwässerungsstudie des Ingenieurbüros Dr. Jochims & Burtscheidt Rechnung getragen. Das geplante Rückhaltebecken ist für ein 100-jähriges Ereignis ausgelegt, die Regenwasserbehandlung wird für die Kategorie II des Ministerialerlasses vom 04.01.1988 bemessen. Durch entsprechende Festsetzungen ist geregelt, dass sofern auf den betrieblichen Flächen stark belastete Oberflächenwässer anfallen, diese entsprechend weitergehend vorzubehandeln sind. Die Entwässerungsstudie ist als Anlage der Offenlagefassung beigefügt und in den Planunterlagen berücksichtigt.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, der Anregung des Kreises Düren zur Niederschlagswasserbeseitigung zu berücksichtigen.</p>	<p>einstimmig</p>
B 36.6	<p>Natur und Landschaft</p> <p>Zum o.g. Bebauungsplan liegen hier neben dem Plan mit zeichnerischen und textlichen Festsetzungen die Begründung und u.a. eine Artenschutzprüfung vor. Die Belange von Natur und Landschaft sind entsprechend dem Planungsstadium eingestellt worden, so dass aus landschaftspflegerischer Sicht keine grundsätzlichen Bedenken angemeldet werden.</p> <p>Unter Bezug auf die Begründung, Punkt 7.4 "Belange des Umweltschutzes, Naturhaushalt/Ökologie/ Landschaft", wird darauf hingewiesen, dass die Punkte "Eingriffe in Natur und Landschaft" sowie der "Artenschutz" bis zur Offenlage zu konkretisieren und abzusichern sind.</p> <p>Diesseits wird zu der/den notwendigen planexternen Maßnahmen-/Kompensationsfläche(n) eine Abstimmung mit der Stiftung "Rheinische Kulturlandschaft" empfohlen.</p>	<p>Es werden entsprechend dem Planungsstadium keine grundsätzlichen Bedenken geäußert. Der Umweltbericht sowie der landschaftspflegerische Fachbeitrag sind erarbeitet und werden in der Offenlage vorgelegt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, der Stellungnahme des Kreises Düren zu Natur und Landschaft zur Kenntnis zu nehmen. Der Anregung zu Außenbeleuchtungsanlagen wird gefolgt.</p>	<p>einstimmig</p>

	Weiterhin wird angeregt, im Plangebiet, insbesondere im Hinblick auf die Fauna der freien Landschaft, entsprechend dem "Leitfaden zur Neugestaltung und Umrüstung von Außenbeleuchtungsanlagen" des BfN von 2019 (Skript 543) naturverträgliche Beleuchtung festzusetzen.	Der Anregung wird Rechnung getragen und entsprechende Festsetzungen zu Beleuchtung geregelt.		
B 36.7	Immissionsschutz, Bodenschutz und Abgrabungen Aus den Bereichen Immissionsschutz, Bodenschutz und Abgrabungen werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	Der Ausschuss beschließt, der Stellungnahme des Kreises Düren zum Thema Immissionen, Bodenschutz und Abgrabungen zur Kenntnis zu nehmen.	einstimmig
B 38	Landesbetrieb Straßenbau NRW, HS Euskirchen Regionalniederlassung Vile-Eifel, 31.03.2021			
B 38.1	Entlang der B 264 ist die 20,0 m Anbauverbotszone (§ 9 FStrG) von jeglicher Bebauung freizuhalten. Innerhalb der 40,0 m Anbaubeschränkungszone ist für Hochbauten, bauliche Anlagen, Abgrabungen, Aufschüttungen usw. die Genehmigung/ Zustimmung des Straßenbaulastträgers einzuholen. Entlang der L12 gilt eine Anbaubeschränkungszone von 40,0 m. Sollten hier Hochbauten oder bauliche Anlagen, Aufschüttungen oder Abgrabungen vorgesehen sein, bedürfen diese Maßnahmen der Zustimmung/ Genehmigung der Straßenbauverwaltung unabhängig von der Genehmigungsbedürftigkeit nach Landesbauordnung.	Die Anbauverbotszone zur B 264 sowie die Anbaubeschränkungszone zur B 264 und zur L 12 sind in die Planzeichnung sowie in die textlichen Festsetzungen nachrichtlich übernommen worden. In der Begründung werden die nachrichtlichen Übernahmen aufgenommen und ihre Verbotstatbestände bzw. Zustimmungen von Straßen.NRW beschrieben.	Der Ausschuss beschließt, der Anregung Rechnung zu tragen.	einstimmig
B 38.2	Zur Erschließung des vorliegenden Bebauungsplangebietes ist eine Zuwegung zur L 12 n vorgesehen. Auf der L 12 ist der Linksabbiegetyp 1 gem. Ziffer 6.4.5 sowie Tabelle 27 der Richtlinien für die Anlage von Landstraßen vorzusehen. Die Länge der Spuren ist durch ein Verkehrsgutachten nachzuweisen. Wie vorher abgestimmt, ist die Einmündung am nordöstlichsten Ende des Baugebietes (ca. 350 m vom Kreisverkehrsplatz entfernt) vorzusehen. Ich weise darauf hin, dass bei der Linksabbiegespur nicht nur die Aufweitung der L 12 für die	Die Erschließungsplanung ist mittlerweile mit dem Landesbetrieb vorabgestimmt (Abstimmungstermin 20.01.2022). Von Seiten des Landesbetriebes wird die Lage, Art und Form akzeptiert: Die Länge der Spuren ist durch das vorliegende Verkehrsgutachten nachgewiesen, die Lage der Einmündung ist zwar näher am Kreisverkehr, Bedenken diesbezüglich wurden allerdings vom Landesbetrieb im o. g. Abstimmungstermin nicht	Der Ausschuss beschließt, die Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen.	einstimmig

	Linksabbieger sondern auch die Rückverziehung in voller Länge in die Plandarstellung aufzunehmen ist.	vorgetragen. Aufweitung und Rückverziehung sind in der Plandarstellung des Straßenbauentwurfs berücksichtigt.		
B 38.3	<p>Für die abschließende Prüfung und Erteilung der Genehmigung zum Bau der Anbindung ist die Vorlage eines detaillierten straßentechnischen Entwurfes erforderlich. Vorzulegen sind folgende Entwurfsunterlagen gemäß RE:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erläuterungsbericht • Übersichtskarte M 1:25000 • Übersichtslageplan M 1:5000 • Lageplan M 1:250 und Deckenhöhenplan M 1:250 mit u.a. hinreichender Darstellung bestehender Verkehrsflächen an die angeschlossen werden soll. • Höhenplan der neuen Erschließungsstraße • Regelquerschnitt M 1: 50 oder 1:25 <p>Für die Anbindung des Plangebietes an die L 12 und der damit verbundenen verkehrlichen Auswirkungen auf der L 12 ist der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Gemeinde Langerwehe und dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Vile-Eifel, erforderlich. Mit dem Bau der Anbindung oder der Realisierung des Bebauungsplangebietes darf vor Abschluss der Vereinbarung nicht begonnen werden.</p>	<p>Die Anregungen betreffen das nachfolgende Verfahren und werden daher nachfolgend berücksichtigt: Für den straßentechnischen Entwurf werden die erforderlichen Unterlagen vom Erschließungsplaner vorbereitet und nachfolgend zum Bebauungsplanverfahren dem Landesbetrieb vorgelegt.</p> <p>Ebenso wird nachfolgend die erforderliche Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen.</p>	Der Ausschuss beschließt, die Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen.	einstimmig
B 38.4	<p>Die im Bebauungsplan vorgesehene Radwegführung zur B 264 kann in dieser Form nicht unterstützt werden, da keine Weiterführung über die B 264 oder Richtung Kreisverkehr B 264/ L 12 existiert. Lediglich auf der nördlichen Seite des Kreisverkehrs ist eine Weiterführung der Radwegeverbindung vorhanden.</p> <p>Sollte seitens der Gemeinde Langerwehe die Planung beibehalten werden, so sind weitere regelgerechte bauliche Änderungen für Radfahrer entlang der B 264 sowie Querungsmöglichkeiten zu Lasten der Gemeinde Langerwehe durchzuführen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass eine Querungshilfe über 2 in die gleiche Richtung führende Fahrstreifen in der vorhandenen Geometrie untersagt ist (erhöhte Unfallgefahr).</p>	<p>Der Anregung wird Rechnung getragen, von der Radwegführung wird abgesehen. Im Offenlageexemplar der Planzeichnung ist der vorher geplante Radweg als Wartungsweg festgesetzt.</p> <p>Zur Eingrünung des Plangebiets und um die Anbauverbotszone / Anbaubeschränkungszone der B 264 zu beachten, bleibt der vorhandene Wirtschaftsweg im Westen des Gebiets erhalten. Nach Umsetzung der Bebauung kann dieser Weg, der bis zur Wendeanlage der Erschließungsstraße im Plangebiet führt, als Notzufahrt genutzt werden, sollte die Hauptanbindung durch eine Havarie oder Unfall gesperrt sein. Im Übrigen wird dieser Weg als Trasse und Wartungsweg für den Schmutzwasserkanal aus dem Plangebiet genutzt.</p>	Der Ausschuss beschließt, der Anregung Rechnung zu tragen und von einer Radwegführung abzusehen. Die Anregungen zum Nachweis der Zusatzverkehre werden berücksichtigt.	15 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung CDU

	Durch die Zusatzverkehre können weitere Ertüchtigungsmaßnahmen am Kreisverkehrsplatz B 264/ L 12/ L 12n erforderlich werden (Bypass, Umbau des Knotenpunktes mit LSA o. ä.), die zu Lasten der Gemeinde Langerwehe durchzuführen sind. Die verkehrlichen Nachweise sind mir zur Prüfung vorzulegen.	Die Zusatzverkehre sind im Verkehrsgutachten aufgeführt.		
B 38.5	Sollten bei den Straßenbaumaßnahmen Ausgleichsflächen des Landes in Anspruch genommen werden, sind die Umweltbehörden am Verfahren zu beteiligen. Ob nach wie vor die Entwicklungsziele der Flächen eingehalten werden können, ist seitens der Gemeinde Langerwehe abzuklären.	Ausgleichsflächen des Landes werden nach heutiger Kenntnis nicht beansprucht. Die Beteiligung der Umweltbehörden im weiteren Verfahren ist gegeben.	Der Ausschuss beschließt, der Anregung zur Beteiligung Rechnung zu tragen.	einstimmig
	Von einer weiteren Anbindung des Gewerbegebietes an die B 264 oder L 12 ist abzusehen. Bei einer evtl. Erweiterung des Gewerbegebietes ist eine planfreie Erschließung weiter im Norden in Höhe der planfreien Wirtschaftswegekreuzung denkbar.	Der Anregung wird Rechnung getragen, eine weitere Anbindung an die klassifizierte Straßen ist nicht beabsichtigt und durch entsprechende zeichnerische Festsetzungen untersagt. Bei einer künftigen Erweiterung über den jetzigen Geltungsbereich hinaus werden die Vorgaben des Landesbetriebes berücksichtigt.	Der Ausschuss beschließt, der Anregung zur weiteren Anbindung Rechnung zu tragen.	einstimmig
	Aus dem Bebauungsplan heraus bestehen gegenüber der Straßenbauverwaltung keine rechtlichen Ansprüche auf aktive und/oder passive Schutzmaßnahmen gegen Verkehrsemissionen der B 264 / L 12 auch künftig nicht. Dabei weise ich auch darauf hin, dass bei Hochbauten mit Lärmreflexionen zu rechnen ist. Eventuell notwendige Maßnahmen gehen zu Lasten der Gemeinde Langerwehe. Im Bebauungsplan ist zeichnerisch und/oder textlich auf die Verkehrsemissionen (Staub, Lärm, Abgase, Sprühfahnen und Spritzwasser bei Nässe) der angrenzenden oder in der Nähe liegenden Straßen hinzuweisen (§ 9 Abs. 1 Ziff. 24 BauGB). Notwendige Schutzmaßnahmen gehen allein zu Lasten der Kommunen / der Vorhabenträger und nicht zu Lasten der Straßenbauverwaltung. Diese Aussage gilt auch für die Bestandsbebauung. Sämtliche Kosten der v. g. Maßnahmen gehen zu Lasten der Gemeinde Langerwehe incl. der Mehraufwendungen für die Unterhaltung und Erhaltung der B 264 bzw. L 12.	Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung wurde Rechnung getragen und auf die Verkehrsemissionen in der Planbegründung hingewiesen. Schutzmaßnahmen sind in Abwägung der Planungsziele nicht erforderlich. Die Hinweise zu Kosten und Mehraufwendungen werden zur Kenntnis genommen.	Der Ausschuss beschließt, der Anregung zur Ergänzung der Planunterlagen zum Thema Verkehrsemissionen Rechnung zu tragen.	einstimmig
	Die Art, Größe und Farbe sowie der Standort von Werbeanlagen sind im Bebauungsplan nicht festgeschrieben. Im	Im Bebauungsplan wird eine Werbeverbotszone nachrichtlich übernommen (§ 9 FStrG und § 28 i. V. m. § 25 StrWG).	Der Ausschuss beschließt, der	einstimmig

	<p>Bebauungsplanteiltext ist deshalb darauf hinzuweisen, dass Werbeanlagen innerhalb der Werbeverbotszone und mit Wirkung zur B 264/ L 12 ausgeschlossen sind. Der gesonderten Zustimmung der Straßenbauverwaltung bedürfen Werbeanlagen innerhalb der Anbaubeschränkungszone (§ 9 FStrG und § 28 i. V. m. § 25 StrWG). Grundsätzlich sind Werbeanlagen nur an der Stätte der Leistung und nur bis zur jeweiligen Gebäudeoberkante zulässig. Anlagen der Außerwerbung dürfen bis zu einer Entfernung von 20 m, gemessen vom äußeren Rand der für den Kfz-Verkehr bestimmten Fahrbahn, nicht errichtet werden.</p> <p>Werbeanlagen mit retroreflektierender bzw. fluoreszierender Wirkung dürfen nicht verwendet werden. Evtl. Beleuchtung ist zur Landesstraße hin so abzuschirmen, dass die Verkehrsteilnehmer nicht geblendet oder anderweitig abgelenkt werden.</p>	<p>In den gestalterischen Festsetzungen werden entsprechende Regelungen zu Werbeanlagen – auch außerhalb der Anbaubeschränkungszone – aufgenommen.</p>	<p>Anregung Rechnung zu tragen.</p>	
B 41	Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V.; 13.04.2021			
	<p>Wie aus dem Fachbeitrag Artenschutz hervorgeht, sind umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. Diese Ausgleichsmaßnahmen und der Ausgleich für den Flächenverlust sind in einem landschaftspflegerischen Begleitplan darzustellen.</p> <p>Zusätzlich sollte ein Ausgleich für die Störung des Rebhuhns geschaffen werden, da ein Gewerbegebiet auch eine erhebliche Lärmbelastung darstellt.</p> <p>Da ein Gewerbegebiet in der Nacht stark beleuchtet ist, können jagende Fledermäuse sehr wohl beeinträchtigt werden. Es sollte für eine entsprechende Beleuchtung mit angepasster Lichtfarbe gesorgt werden.</p>	<p>Der Anregung wird Rechnung getragen, die Ausgleichsmaßnahmen und der Ausgleich für den Flächenverlust werden in einem landschaftspflegerischen Begleitplan dargestellt und der Planfassung für die Offenlage beigefügt.</p> <p>Es werden erforderliche vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen für die Feldlerche vorgesehen. Gem. Einschätzung des Fachgutachtens ist anders als bei der Feldlerche für das Rebhuhn keine erhebliche Kulissenwirkung des Plangebietes anzunehmen. Aufgrund der Entfernung des Revierzentrums von über 80 wird daher eine Betroffenheit des Rebhuhns im Gutachten ausgeschlossen. Dieser Anregung wird somit nicht Rechnung getragen.</p> <p>Der Anregung wird Rechnung getragen und entsprechende Festsetzung zur Lichtfarbe aufgenommen.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, den Anregungen hinsichtlich landschaftspflegerischen Begleitplan und Lichtfarbe Rechnung zu tragen. Der Anregung zum geforderten Ausgleich für die Störung des Rebhuhns wird nicht Rechnung getragen.</p>	<p>einstimmig</p>
B 43	Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, 16.04.2021			
	<p>Gegen die Planung der Gemeinde Langerwehe bestehen seitens der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Kreisstelle Düren; Bedenken.</p>	<p>Die Bedenken zur Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen werden begründet zurückgewiesen:</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, die Bedenken zurückzuweisen.</p>	<p>einstimmig</p>

<p>Boden ist eine immer knapper werdende Ressource, die einem starken Interessenkonflikt unterliegt. Die Landwirtschaft verliert diesen Konflikt häufig aufgrund des Strukturwandels – beispielsweise zugunsten der Entstehung von Gewerbe-, Wohn- und Industriegebieten sowie regional auch im Zuge des Braunkohletagebaus.</p> <p>In der vorliegenden Planung sollen nun 9,57 ha wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen mit Bodenwertzahlen zwischen 55-75 Punkten verloren gehen.</p> <p>Im aktuellen Landesentwicklungsplan NRW (LEP NRW) ist folgender Grundsatz unter Punkt 7.5-1 formuliert „Wertvolle landwirtschaftliche Böden mit besonders hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit oder besonderer Eignung für eine landwirtschaftliche Nutzung sollen für Siedlungs- und Verkehrszwecke nicht in Anspruch genommen werden.“</p> <p>In den Erläuterungen zum LEP wird ergänzend der Begriff der hohen Bodenfruchtbarkeit ausgelegt: „Ab einer Bodenwertzahl von über 55 Punkten gelten Böden als besonders fruchtbar“. Der Verlust dieser landwirtschaftlichen Nutzflächen ist deshalb aus agrarstruktureller Sicht wirklich bedauernswert.</p> <p>Aus agrarstruktureller Sicht ist es essenziell, dass der Verlust landwirtschaftlicher Flächen im Zuge dieses Planvorhaben, auf das Minimum reduziert wird.</p> <p>Dies betrifft insbesondere auch die Anlage von Kompensationsmaßnahmen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen.</p> <p>Wir weisen deshalb auf § 15 Abs. 3 des Bundesnaturschutzgesetzes hin:</p> <p>Bei der Inanspruchnahme von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen, insbesondere sind für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen.</p> <p>Es ist vorrangig zu prüfen, ob der Ausgleich oder Ersatz auch durch Maßnahmen zur Entsiegelung, durch Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen oder durch Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen, die der dauerhaften Aufwertung des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes dienen, erbracht werden kann, um möglichst zu vermeiden, dass Flächen aus der Nutzung genommen werden.</p>	<p>Mit der Bezirksregierung Köln ist diese Fläche im Rahmen der Aufstellung des neuen Flächennutzungsplanes landesplanerisch abgestimmt, sie ist im Entwurf des neuen Regionalplanes (Februar 2020) als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) dargestellt.</p> <p>Der Planbereich ist bereits auf der Ebene des Flächennutzungsplanes als Gewerbefläche dargestellt und daher langfristiges Ziel der gemeindlichen städtebaulichen Entwicklungspolitik. Die Begründung der Inanspruchnahme der landwirtschaftlichen Flächen und der Nachweis der Erforderlichkeit haben daher auf Ebene der Flächennutzungsplanung stattgefunden.</p> <p>Der Anregung, keine landwirtschaftlichen Flächen für die erforderlichen externen Ausgleichsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen, wird im Weiteren geprüft und in den Abwägungsprozess eingestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die für die Feldlerche erforderlichen vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) in jeden Fall mit der Extensivierung von landwirtschaftlichen Flächen einhergehen. In der Regel ist dennoch eine landwirtschaftliche Nutzung nach wie vor möglich, die Extensivierung ist nur unter Zustimmung des betroffenen Landwirtes möglich.</p> <p>Die Gemeinde ist bestrebt, für die restlichen erforderlichen Maßnahmen auf ein anerkanntes Ökokonto zurückzugreifen, so dass keine weiteren landwirtschaftlichen Flächen in Anspruch genommen werden müssen.</p>	<p>Die Anregungen zum externen Ausgleich werden zur Kenntnis genommen.</p>	<p>einstimmig</p>
--	--	---	-------------------

	<p>Wir fordern deshalb, dass in der vorliegenden Planung keine zusätzlichen landwirtschaftlichen Nutzflächen für notwendig werdende Kompensationsmaßnahmen im Rahmen der Eingriffsregelung nach Bundesnaturschutzgesetz in Anspruch genommen werden! Wir schlagen vor, dass Kompensation im Rahmen des Umbaus von Waldflächen (z.B. im Bereich der Sophienhöhe) oder in Absprache mit den Wasserverbänden am Gewässer angelegt wird. Wir raten zudem an, die überschüssigen Ökopunkte aus den Ökokonten der Gemeinde und RWE Power heranzuziehen. Das gilt besonders für die durchgeführten Artenschutzmaßnahmen für die Bechsteinfledermaus im Bereich des Tagebaus Garzweiler, mit denen RWE Power neben der Artenschutzfunktion sehr viele Ökopunkte generiert hat.</p> <p>Wir empfehlen zudem, dass die notwendigen Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen so weit möglich im Plangebiet vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang sind Dach- und Fassadenbegrünungen, Anlagen von Gehölzstrukturen und Grünstreifen zu nennen.</p> <p>Wir begrüßen es, dass die CEF Maßnahme für die Feldlerche im Rahmen einer extensiven landwirtschaftlichen Nutzung umgesetzt werden soll.</p> <p>Sollten Sie Unterstützung bei der Suche nach einem geeigneten Bewirtschafter dieser Flächen suchen, stelle ich gerne den Kontakt zu unserem Ortslandwirt für die Gemeinde Langerwehe her.</p> <p>Wir weisen außerdem darauf hin, dass beim Anlegen von Artenschutzmaßnahmen ein multifunktionaler Ausgleich möglich ist, der freie Biotopwertpunkte generiert. Wir fordern unbedingt, dass diese auch für das entstehende Defizit der Eingriffsregelung genutzt werden.</p>	<p>Der Anregung, durch Maßnahmen im Plangebiet das verbleibende ökologische Defizit weitestgehend zu reduzieren, wurde in Abwägung der Planungsziele Rechnung getragen: Neben Grünflächen- und Pflanzfestsetzungen sind intensive Dachbegrünungen verpflichtend, die in der Bilanzierung entsprechend eingerechnet wurden.</p> <p>Das Angebot der Landwirtschaftskammer, bei der Kontaktaufnahme mit Ortslandwirten zu unterstützen, wird gerne zur Ermittlung geeigneter CEF-Flächen in Anspruch genommen.</p> <p>Der Anregung wird Rechnung getragen und ein multifunktionaler Ausgleich geprüft.</p>		
B 44a	LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, 26.04.2021			
	<p>Mit Schreiben vom 26.02.2020 wurde nach Abschluss der durchgeführten archäologischen Maßnahmen bereits eine Freigabe der Fläche sowohl an die RWE als auch an die Gemeinde Langerwehe ergangen.</p> <p>Seitens der Bodendenkmalpflege stehen demnach für die Durchführung der Baumaßnahme für diesen Bereich keine Bedenken mehr entgegen.</p>	<p>Die Information wird zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, die Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen.</p>	<p>einstimmig</p>

	<p>Zu beachten ist jedoch, dass diese Untersuchungen nur eine Teilfläche des Plangebietes erfasst haben, sodass prinzipiell nicht auszuschließen ist, dass sich in ungestörten Flächen noch Bodendenkmäler erhalten haben.</p> <p>Ich verweise daher auf die Bestimmungen der §§ 15, 16 DSchG NRW (Meldepflicht- und Veränderungsverbot bei der Entdeckung von Bodendenkmälern): Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Nideggen, Zehnthofstraße 45, 52385 Nideggen, Tel.: 02425/9039-0, Fax: 02425/9039-199, unverzüglich zu melden. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.</p>	<p>Es wird ein Hinweis zum Umgang mit Bodendenkmalen in den Bebauungsplan aufgenommen. (Hinweis gem. §§ 15, 16 Denkmalschutzgesetz NRW (Meldepflicht und Veränderungsverbot).</p>		
B 44b	LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, 07.09.2022			
	<p>in Langerwehe ist nordwestlich von Obergeich die Errichtung eines Regenrückhaltebeckens vorgesehen. Westlich an das Plangebiet angrenzend soll ein Gewerbegebiet entstehen. In dieser Fläche wurden vereinzelte metallzeitliche Befunde dokumentiert, deren Erhaltung schlecht war. In der unmittelbar östlich an das Planungsareal angrenzenden Fläche wurden bei verschiedenen Aktivitäten neben einzelnen vorgeschichtlichen Funden vor allem Konzentrationen von Bautrümmern und römischer Keramik dokumentiert, die auf die Erhaltung von Resten eines römischen Landgutes schließen lassen. Aufgrund der für das Plangebiet bestehenden Befunderwartung wurde vom 29.06.2022 bis zum 08.07.2022 eine archäologische Sachverhaltsermittlung durch die Firma Arthemus durchgeführt.</p> <p>Insgesamt wurden vier Sondageschnitte angelegt, von denen nur der westliche (AB St. 12) keine Befunde erbrachte. In den restlichen Schnitten wurden verschiedene Befunde von der Urgeschichte bis in die Neuzeit erfasst. Dazu zählt ein römischer Graben (St. 7), der die nördlichen Sondage AB St. 5 von Nord nach Süd quert und neben zahlreichen Ziegel- und Keramikfragmenten auch verworfenes Bruchsteinmaterial enthält. Der Befund war bis in eine Tiefe von 0,3 m erhalten. In der südlichen Sondage AB St. 16 wurde der Graben nicht mehr dokumentiert, möglicherweise aufgrund eines abknickenden Verlaufes oder fehlender Erhaltung an dieser Stelle. Im südlichen</p>	<p>Der Anregung wird wie folgt Rechnung getragen:</p> <p>Die Beschreibung des Belanges Bodendenkmalpflege ist ergänzt um die Auswertung der erfolgten archäologischen Sachverhaltsermittlung ausführlich in die Planbegründung thematisiert worden.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, der Anregung des Rechnung zu tragen. Die Begründung wird um den Sachverhalt ergänzt, die geforderten Verfahrensschritte und ergänzenden Untersuchungen werden vor Baubeginn durchgeführt.</p>	<p>einstimmig</p>

<p>Schnitt AB St. 16 wurden dagegen eine römische Grube (St. 20) sowie eine römische Feuerstelle (St. 19) erfasst. Auch in der Verfüllung der Grube fanden sich Baumaterialien. Neben den römischen Befunden konnte auch ein neuzeitlicher Weg mit Wagenspuren unter dem Humus dokumentiert werden, der im Südwesten dieser Sondage angeschnitten wurde. In der östlichen Sondage AB St. 27 wurden sechs (Pfosten-) Gruben erfasst, die lediglich geringe Mengen Holzkohle und Brandlehm enthielten und nur noch 0,05 m tief erhalten waren. Sie können daher nur grob als urgeschichtlich bis römisch datiert werden.</p> <p>Darüber hinaus wurden zwei Schürfen für Versickerungsversuche angelegt (AB St. 3 und 4), in denen keine Befunde erfasst wurden.</p> <p>Innerhalb der Vorhabenfläche konnten verschiedene Überreste römischer sowie urgeschichtlicher Siedlungstätigkeit erfasst werden, darüber hinaus eine neuzeitliche Straße. Die urgeschichtlichen sowie römischen Befunde sind bereits deutlich aberodiert.</p> <p>Es ist in den bislang nicht untersuchten Bereichen vom Erhalt weiterer römischer und urgeschichtlicher Befunde auszugehen. Das Vorhaben geht jedoch mit der vollständigen Zerstörung archäologischer Substanz einher.</p> <p>Aus diesem Grund ist ausgehend von den erfassten archäologischen Befunden innerhalb der Vorhabenfläche eine bauvorgreifende archäologische Ausgrabung des Fundplatzes nach Maßgabe einer Erlaubnis gemäß § 15 Abs. 1 DSchG NRW erforderlich, bis eine Befundfreiheit von 15 m in alle Richtungen erreicht ist. Der Schutz von Bodendenkmälern ist nicht von der Eintragung in die Denkmalliste abhängig (§ 5 Abs. 2 DSchG NRW).</p> <p>Wer ein Bodendenkmal verändert oder beseitigt, hat die vorherige wissenschaftliche Untersuchung, Bergung von Funden und die Dokumentation der Befunde sicherzustellen und die dafür anfallenden Kosten im Rahmen des Zumutbaren zu tragen. Das Nähere ist durch die Untere Denkmalbehörde in einem Verwaltungsakt gem. § 27 Abs. 1 DSchG NRW zu regeln.</p> <p>Es wäre deshalb auf der Grundlage des § 27 Abs. 1 DSchG NRW durch Bescheid der Unteren Denkmalbehörde sicherzustellen, dass in den noch nicht untersuchten Bereichen, welche</p>	<p>Der gem. der Stellungnahme des LVR skizzierte Vorgehensweise bzw. Forderung zur bauvorgreifenden archäologischen Ausgrabung bis zu einer Befundfreiheit von 15,0 m um die jetzigen Ausgrabungsflächen wird vor Baubeginn Rechnung getragen. Dies betrifft die nachfolgende Planungs- und Durchführungsebene. Auf Ebene der vorliegenden Bauleitplanung sind daher die Belange des Bodendenkmalschutzes in ausreichendem Maße berücksichtigt.</p>		
---	---	--	--

	<p>durch die Baumaßnahme in Anspruch genommen werden, bauvorgreifend auf Veranlassung und Kosten des Vorhabenträgers die fachgerechte archäologische Untersuchung, Dokumentation und Bergung auftretender archäologischer Befunde und Funde nach Maßgabe einer Erlaubnis gem. § 15 Abs. 1 DSchG NRW erfolgt.</p> <p>Mit der Baubeginnanzeige ist gleichzeitig die Untere Denkmalbehörde über den Beginn der Erdarbeiten zu informieren.</p> <p>Hinweis: Die Denkmalbehörden und Denkmalpflegeämter sind gemäß § 26 Abs. 2 DSchG NRW berechtigt, das Grundstück zu betreten und die Einhaltung dieser Bedingung zu überprüfen.</p> <p>Zuständig für die Erteilung der Erlaubnis gem. § 15 Abs. 1 DSchG NRW ist die Obere Denkmalbehörde. Dem entsprechenden Antrag ist ein Konzept für die Durchführung der archäologischen Untersuchungen beizufügen. Die Obere Denkmalbehörde trifft ihre Entscheidung im Benehmen mit dem Fachamt.</p> <p>Aufgrund der Bodenverhältnisse, die ein Versickern des Wassers behindern, soll das Regenrückhaltebecken größer als ursprünglich geplant angelegt werden. Dazu liegen hier bislang jedoch keine Unterlagen vor. Je nach Größe und Lage der dafür in Anspruch genommenen Fläche wäre auch dort zunächst eine archäologische Sachverhaltsermittlung erforderlich.</p>	<p>Die Untere Denkmalbehörde der Gemeinde Langerwehe ist bereits in das Verfahren eingebunden und wird den erforderlichen Verwaltungsakt vorbereiten.</p> <p>Die in den aktuellen Planunterlagen festgesetzte Flächen für die Regenrückhaltung entspricht dem Untersuchungsbereich der archäologischen Sachverhaltsermittlung.</p>		
B 56	Vodafone NRW GmbH, 15.04.2021			
	<p>Im Planbereich liegen keine Versorgungsanlagen der Vodafone NRW GmbH.</p> <p>Wir sind grundsätzlich daran interessiert, unser glasfaserbasiertes Kabelnetz in Neubaugebieten zu erweitern und damit einen Beitrag zur Sicherung der Breitbandversorgung für Ihre Bürger zu leisten. Die Anfrage wurde an die zuständige Fachabteilung weitergeleitet, die sich mit Ihnen zu gegebener Zeit in Verbindung setzen wird. Bis dahin bitten wir Sie, uns am Bebauungsplanverfahren weiter zu beteiligen.</p>	<p>Keine Versorgungsanlagen im Geltungsbereich.</p> <p>Die Vodafone NRW GmbH wird weiter am Bebauungsplanverfahren beteiligt.</p>	<p>Kein Beschluss erforderlich</p>	

B 57	Wasserleitungszweckverband Langerwehe, 30.04.2021			
	<p>Es bestehen grundsätzlich keine Einwände.</p> <p>Allerdings möchte ich darum bitten, den WZV bei der Frage, welche Firmen oder Gewerbe sich dort ansiedeln sollen, im Vorfeld um Stellungnahme zu bitten. Insbesondere dann, wenn es sich voraussichtlich um hohe Wasserverbräuche handeln wird. Der Mindestlöschwasserbedarf von 48 m³/h ist gewährleistet. Aus planerischer Sicht könnte der Bau von im Boden eingelassenen Löschwassertanks eine sinnvolle Ergänzung sein.</p>	<p>Die Informationen werden zur Kenntnis genommen und im weiteren Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Ausgelöst durch die Stellungnahme des Kreises Düren (vgl. Stellungnahme Nr. 36) wurde von Seiten des Wasserleitungszweckverbandes Langerwehe bestätigt, dass die Versorgung mit 192 m³ / h Löschwasser aus dem Leitungsnetz im Zweistundenzeitraum möglich ist, um den Grundschutz zu gewährleisten. In dieser Email vom 20.10.2022 an das beauftragte Planungsbüro wurde auch darauf hingewiesen, dass bei Objekten mit erhöhtem Brandrisiko oder erhöhtem Personenrisiko ein über den Grundschutz hinausgehender Objektschutz vorhanden sein muss. Des Weiteren wird angeregt, die Vorhaltung von Erdtanks mit Regenwasser für die Löschwasserversorgung auf Objektebene zu prüfen. Diese Anregungen werden auf Ebene der nachfolgenden Ausführungsplanung entsprechend geprüft.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, die Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen und die Anregungen auf Ebene der nachfolgenden Ausführungsplanung zu prüfen.</p>	<p>einstimmig</p>
B 58a	Westnetz GmbH, Regionalzentrum Westliches Rheinland, 30.04.2021			
	<p>Diese Stellungnahme betrifft nur das von uns betreute Nieder- und Mittelspannungsnetz bis zur 35-kV-Spannungsebene.</p> <p>Wir benötigen zur Sicherung der Stromversorgung eine Versorgungsflächen von ca. 5,0m x 4,0m zum Betrieb einer neuen Transformatorstation. Unser Netzplaner Herr Udo Frings ist der zuständige Ansprechpartner dafür.</p> <p>Bitte legen Sie in Abstimmung mit ihm einen Standort für die Transformatorstation fest.</p> <p>Hier die Kontaktdaten von Herrn Udo Frings: Udo Frings T +49-2421-47-2951 M +49-162-2846281 mailto: udo.frings@westnetz.de</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt und ein mit der Westnetz abgestimmter Standort in der Planfassung festgesetzt.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, der Anregung Rechnung zu tragen.</p>	<p>einstimmig</p>
B 58b	Westnetz GmbH, SpeziaService Strom, 15.03.2021			

	<p>In dem von uns beigefügten Lageplan im Maßstab 1:2000 haben wir die Hochspannungsfreileitungen mit Leitungsmittellinie, Maststandorten und Schutzstreifengrenzen eingetragen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 110-kV-Hochspannungsfreileitung Zukunft - Heimbach, Bl. 0234 (Maste 1032 bis 1033) ▪ 110-kV-Hochspannungsfreileitung Pkt. Luchem - Pkt. Langerwehe, Bl. 1286 (Maste 4 bis 1033/61. 0234) <p>Der Planbereich der Maßnahme liegt bereits außerhalb des 2 x 16,00 m = 32,00 m breiten Schutzstreifens der im Betreff unter 1. genannten Hochspannungsfreileitung bzw. außerhalb des 2 x 19,00 m = 38,00 m breiten Schutzstreifens der im Betreff unter 2. genannten Hochspannungsfreileitung.</p> <p>Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich die tatsächliche Lage der Hochspannungsfreileitungen und somit auch die Leitungsrechte allein aus der Örtlichkeit ergeben.</p> <p>Falls dennoch Maßnahmen in den Schutzstreifen der Hochspannungsfreileitungen durchgeführt werden sollen, bitten wir um erneute Beteiligung.</p> <p>Diese Stellungnahme betrifft nur die von uns betreuten Anlagen des 110-kV Netzes.</p>	<p>Es befinden sich keine vorhandenen Hochspannungsfreileitungen im Plangebiet. Die Belange der Westnetz GmbH sind nicht betroffen.</p>	<p>Kein Beschluss erforderlich</p>	
<p>B 59</p>	<p>Wasserverbund Eifel-Rur, 12.04.2021</p>			
	<p>Das Schmutzwasser soll laut Antragsunterlagen in das bestehende Kanalnetz (Mischsystem) eingeleitet und somit zur Kläranlage Langerwehe abgeführt werden. Für die Niederschlagsentwässerung wird derzeit ein Konzept vom Ingenieurbüro Dr. Jochims & Burtscheidt erarbeitet. In bereits erfolgten Abstimmungsgesprächen mit der Gemeinde Langerwehe und dem Ingenieurbüro wurden die in den Antragsunterlagen thematisierten Aspekte zur Niederschlagsentwässerung (z.B. Ableitung von stark belastetem Niederschlagswasser zur Kläranlage Langerwehe, Rückhaltung vor Einleitung in Geicher Bach) mit dem WVER besprochen, wobei sich bisher keine abschließende Lösungsvariante herausgestellt hat.</p> <p>Das erwähnte Entwässerungskonzept ist dem WVER und der Unteren Wasserbehörde des Kreises Düren vorzulegen.</p>	<p>Der Anregung wurde mit Erarbeitung des Entwässerungsstudie des Ingenieurbüros Dr. Jochims & Burtscheidt Rechnung getragen. Das Niederschlagswasser wird in ein östlich gelegenes Regenrückhaltebecken eingeleitet.</p> <p>Das Rückhaltebecken ist für ein 100-jähriges Ereignis ausgelegt, die Regenwasserbehandlung wird für die Kategorie II des Ministerialerlasses vom 04.01.1988 bemessen.</p> <p>Die Entwässerungsstudie ist als Anlage der Offenlagefassung beigefügt und in den Planunterlagen berücksichtigt, so dass eine erneute Beteiligung des WVER und der UWB des Kreises erfolgt.</p>	<p>Der Ausschuss beschließt, der Anregung hinsichtlich weiterer Beteiligung Rechnung zu tragen.</p>	<p>einstimmig</p>

	Grundsätzlich wird hinsichtlich der Entwässerung im weiteren Verfahren um Abstimmung mit dem WVER gebeten.			
--	--	--	--	--